

**Antrag: A-18**  
**Antragsteller: Jusos Unterbezirk Frankfurt**  
**Betreff: Kein Geld für Waffen – Milliarden für Frieden**

1 Der Parteitag der SPD Frankfurt möge beschließen:

2 Die finanziellen Mittel des Zivilen Friedensdienstes (ZfD) müssen im Bundeshaushalt bis zum Jahre  
3 2020 von mindestens 45 Millionen Euro (Stand 2017) auf 100 Millionen Euro erhöht werden.

4 Begründung:

5 Seit Jahren betont die Bundesregierung, dass der ZfD einer der wichtigsten Instrumente sei, um sich  
6 für internationale Krisenprävention einzusetzen (Quelle: Bericht der Bundesregierung über die  
7 Umsetzung des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“,  
8 2014). Jedoch kann der ZfD seiner Aufgabenstellung aufgrund mangelnder Ressourcen kaum gerecht  
9 werden. So muss der ZfD 44 Krisenländer (u.a. die D.R. Kongo) mit einem Budget von nur 45 Millionen  
10 Euro im Jahr und 300 Mitarbeiter\*innen betreuen. Damit ist es nicht möglich, flächendeckend als  
11 Mediator zivile Konfliktbeilegung zu fördern. In den letzten Jahren gab es geringfügige Erhöhungen des  
12 Budgets (2015: 38 Millionen Euro; 2017: 45 Millionen Euro). Diese zusätzlichen Mittel sind ein Tropfen  
13 auf dem heißen Stein für den Einsatz in über 40 Konfliktländern.

14 Zwar fordert die SPD bereits eine „deutliche Erhöhung“ der Mittel für den ZfD und vergleichbare  
15 Einrichtungen (Quelle: Regierungsprogramm Bundes-SPD 2017), jedoch werden keine konkreten  
16 Zahlen genannt. Der aktuelle Koalitionsvertrag verpasst leider ebenfalls die Nennung klarer Beträge,  
17 obwohl er von einer „Stärkung“ spricht (Quelle: Koalitionsvertrag, Seite 158). Über viele  
18 Legislaturperioden hinweg versprechen die jeweiligen Bundesregierungen eine höhere Zuwendung.  
19 Aufgrund fehlender konkreter finanzieller Zusagen bleibt ein Budget, das den Zielvorgaben des ZfD  
20 entspricht, unerfüllt.

21 Die Bundesregierung hat 2017 37 Milliarden Euro für den Verteidigungshaushalt ausgegeben. Dieser  
22 Etat soll 2018 um weitere Milliarden aufgestockt werden, um den Nato-Ziel von 2 Prozent des BIP zu  
23 erreichen. Es ist eine Farce, dass in Anbetracht dessen keine substanzielle Erhöhung der Gelder zur  
24 zivilen Konfliktprävention erfolgt. Denn wenn sich Deutschland als zivile Friedensmacht verstehen will,  
25 muss die Bundesregierung entsprechende Mittel bereitstellen.

Empfehlung der Antragsprüfungskommission:

Annahme